



17.03.2019: Weltweite

Demonstrationen für besseren Klimaschutz ++ Schüler*innen fordern: Politik muss auf "Profis" hören ++ Wissenschaftler*innen stellen sich an die Seite der Schüler*innen: "Die Anliegen der jungen Menschen sind berechtigt." ++ Dokumentiert: Erklärung der "Scientists for Future"

Von Sydney, Neu Delhi und Bangkok über Rom, Berlin und Paris bis Buenos Aires, Rio de Janeiro und New York haben Schüler*innen am Freitag (15.3.) für einen besseren Klimaschutz demonstriert. In 2.100 Städten in 125 Ländern haben sich zwischen 1,5 bis 2 Millionen Menschen an den Aktionen beteiligt. Allein in Deutschland gingen in mehr als 230 deutschen Städten 300.000 Jugendliche mit handgemalten Plakaten und lauten Sprechchören auf die Straßen, um die Politiker*innen zum Handeln aufzufordern. In Deutschland fanden die größten Kundgebungen in Berlin, Köln und München mit jeweils mehr als 10.000 Teilnehmer*innen statt. Mit rund 30.000 Teilnehmer*innen dürften Brüssel und Turin den europäischen Spitzenplatz einnehmen.



Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) hatte im Vorfeld die Schüler*innen aufgefordert, zu lernen statt zu streiken. "Wenn sie später als Erwachsene die Welt verändern wollen, und das hoffen wir ja alle, dann ist eine gute Ausbildung wichtig", so Altmaier.

Dem hielten die Jugendlichen auf ihren Plakaten und in ihren Reden entgegen, dass sie nicht auf die Straße gehen, "weil wir später als Erwachsenen was verändern wollen, sondern weil Entscheidungsträger wie Sie jetzt handeln müssen". Denn wenn jetzt nicht umgehend radikal gehandelt werde, dann habe die junge Generation gar nicht mehr die Möglichkeit, als Erwachsene etwas zu verändern. "Wir sind die erste Generation, die den Klimawandel wirklich erleben wird, und die letzte, die ihn noch verhindern kann", hieß es. Eine Klimaerwärmung von maximal 1,5 Grad Celsius ist unverhandelbar, stellten die Jugendlichen fest und kritisieren, dass mit der gegenwärtigen Politik dieses Ziel weit verfehlt wird. "Wir erwarten von den Politiker*innen, dass diese jetzt was ändern!"



Auch FDP-Chef

Christian Lindner meinte, die jungen Leute darüber aufklären zu müssen, dass sie noch nicht so weit seien, um bei komplizierten Fragen der Welt mitzureden zu können. Das müssten Profis regeln.

"Lieber Christian Lindner: Wir sind nur dazu da, um euch darauf aufmerksam zu machen, dass ihr auf die Profis hören sollt!", hieß es auf den Kundgebungen. Wenn die Politiker*innen ihre Aufgaben erledigen würden, dann müssten auch die Schüler*innen nicht mehr streiken.

"Scientists for Future" - Wissenschaftler*innen unterstützen Proteste der Schüler*innen

Aber auch die "Profis" meldeten sich zu Wort. Als "Scientists for Future" erheben jetzt auch Wissenschaftler*innen ihre Stimme für einen besseren Klimaschutz und unterstützen die Proteste der Schüler*innen. Mit Stand 14.3. haben sich mehr als 23.000 Wissenschaftler*innen aus Deutschland, Österreich und der Schweiz dem Aufruf von "Scientists for Future" angeschlossen. ([Text siehe unten](#))

"Diese Anliegen [der Schülerinnen und Schüler] sind berechtigt und gut begründet. Die derzeitigen Maßnahmen zum Klima-, Arten-, Wald-, Meeres- und Bodenschutz reichen bei weitem nicht aus", schreiben die Wissenschaftler in einer Stellungnahme. Es komme darauf an, die Netto-Emissionen von CO₂ und anderen Treibhausgasen schnell abzusenken und weltweit spätestens zwischen 2040 und 2050 auf null zu reduzieren.



Prof. Dr. Antje Boetius

"Wenn ich [den Schülerinnen und Schülern] zuhöre, denke ich, sie haben sehr gut in der Schule aufgepasst, denn sie können den Zusammenhang zwischen unserem heutigem Handeln und der Zukunft herstellen. Anscheinend sogar besser als viele Erwachsene."

Antje Boetius in der Zeitschrift "[Forschung & Lehre](#)". Die Meeresbiologin ist neben ihrer Forschung am Max-Planck-Institut für marine Mikrobiologie auch geschäftsführende Direktorin am Alfred-Wegener-Instituts (AWI).

"Als Menschen, die mit wissenschaftlichem Arbeiten vertraut sind und denen die derzeitigen Entwicklungen große Sorgen bereiten, sehen wir es als unsere gesellschaftliche Verantwortung an, auf die Folgen unzureichenden Handelns hinzuweisen", schreiben die Organisatoren von "Scientists for Future". Die enorme Mobilisierung der Bewegungen "Fridays for Future" zeige, dass die Schülerinnen und Schüler die Situation verstanden hätten.

Vor allem die Politik stehe nun in der Verantwortung, zeitnah die notwendigen Rahmenbedingungen zu schaffen. "Insbesondere muss klimafreundliches und nachhaltiges Handeln einfach und kostengünstig werden, klimaschädigendes Handeln hingegen unattraktiv und teuer (zum Beispiel durch wirksame CO₂-Preise, Einstellung von Subventionen für klimaschädliche Handlungen und Produkte, Effizienzvorschriften und soziale Innovationen)", heißt es in der Stellungnahme.

Und so demonstrierten am Freitag Wissenschaftler*innen gemeinsam mit den Schülerinnen und Schülern für eine bessere Klimapolitik

"Die Anliegen der jungen Menschen sind berechtigt"

Scientists for Future in Braunschweig

System Change not Climate Change

Doch es bleibt nicht nur bei der Forderung an die Politiker*innen, ihre Politik zu verändern. Weltweit rückt die Losung "Systemwechsel statt Klimawandel" in den unterschiedlichen Sprachen ins Zentrum der Debatte.



"Wir können die Welt nicht retten, indem wir uns an die Spielregeln halten. Die Regeln müssen sich ändern. Alles muss sich ändern."

Greta Thunberg

Glaubt denn wirklich jemand, dass ein Wirtschaftssystem, das über einen Zeitraum von 150 Jahren in diese Katastrophe geführt hat, in der Lage ist, aus dieser Katastrophe herauszuführen, hieß es auf vielen Kundgebungen in den Reden. " Ein Wirtschaftssystem, das in diese Katastrophe geführt, muss geändert werden. Denn mit diesem Wirtschaftssystem kommen wir nicht aus dieser Katastrophe heraus. Wir brauchen ein Wirtschaftssystem, in dem nicht für Konsum und Profit produziert wird, sondern für die Bedürfnisse der Menschen, so dass alle Menschen auf dem Globus würdig leben können und niemand hungern muss", hieß es z.B. auf der Kundgebung in München zu Füßen der Bavaria.

Stellungnahme von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern zu den Protesten für mehr Klimaschutz.

Die Anliegen der demonstrierenden jungen Menschen sind berechtigt

Zurzeit demonstrieren regelmäßig viele junge Menschen für Klimaschutz und den Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen. Als Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler erklären wir auf Grundlage gesicherter wissenschaftlicher Erkenntnisse: Diese Anliegen sind berechtigt und gut begründet. Die derzeitigen Maßnahmen zum Klima-, Arten-, Wald-, Meeres- und Bodenschutz reichen bei weitem nicht aus.

Das Pariser Klimaschutzabkommen von 2015 verpflichtet die Staaten völkerrechtlich verbindlich, die globale Erwärmung deutlich unter 2 °C zu halten. Darüber hinaus haben alle Länder Anstrengungen versprochen, die Erwärmung auf 1,5 °C zu begrenzen.

Es kommt nun darauf an, die Netto-Emissionen von CO₂ und anderen Treibhausgasen schnell abzusenken und weltweit spätestens zwischen 2040 und 2050 auf null zu reduzieren. Eine schnellere Absenkung erhöht hierbei die Wahrscheinlichkeit, 1,5 °C zu erreichen. Die Verbrennung von Kohle sollte bereits 2030 fast vollständig beendet sein, die Verbrennung von Erdöl und Erdgas gleichzeitig reduziert werden, bis alle fossilen Energieträger durch klimaneutrale Energiequellen ersetzt worden sind. Unter Berücksichtigung von globaler Klimagerechtigkeit müsste in Europa dieser Wandel sogar noch deutlich schneller ablaufen.

Auch wenn weiterhin Beteiligungs- und Diskussionsbedarf besteht: Jetzt muss gehandelt werden. Beides schließt einander nicht aus. Es gibt bereits viele gesellschaftliche und technologische Innovationen, die Lebensqualität erhalten und menschliches Wohlergehen verbessern können, ohne unsere natürlichen Lebensgrundlagen zu zerstören.

In allen deutschsprachigen Ländern werden beim Umbau der Bereiche Energie, Ernährung, Landwirtschaft, Ressourcennutzung und Mobilität die notwendige Größenordnung und Geschwindigkeit nicht erreicht. Deutschland wird die selbstgesteckten Klimaschutzziele für 2020 verfehlen und auch die Erreichung der Ziele der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie für 2030 ist hochgradig gefährdet. Zudem mangelt es weiterhin an einem wirksamen Klimaschutzgesetz. Österreich hat sich in seiner Klima- und Energiestrategie Ziele gesetzt, die dem Pariser Vertrag in keiner Weise gerecht werden und selbst dafür sind weder die erforderlichen Maßnahmen noch die finanziellen Mittel vorgesehen. Zugleich sind Bodenverbrauch und -versiegelung pro Person und Jahr in Österreich die höchsten in Europa. Die Schweiz hat ihre Treibhausgas-Emissionen seit 1990 nur geringfügig verringert; gleichzeitig stiegen die im Ausland verursachten Emissionen erheblich an. In der ersten parlamentarischen Debatte zur Totalrevision des CO₂-Gesetzes wurden die inländischen Reduktionsziele gestrichen und die Reduzierung der Schweizer Emissionen sollte durch Kompensation im Ausland erfolgen. Schließlich ist das Gesetz vorläufig gescheitert.

Die jungen Menschen fordern zu Recht, dass sich unsere Gesellschaft ohne weiteres Zögern auf Nachhaltigkeit ausrichtet. Ohne tiefgreifenden und konsequenten Wandel ist ihre Zukunft in Gefahr. Dieser Wandel bedeutet unter anderem: Wir führen mit neuem Mut und mit der notwendigen Geschwindigkeit erneuerbare Energiequellen ein. Wir setzen Energiesparmaßnahmen konsequent um. Und wir verändern unsere Ernährungs-, Mobilitäts- und Konsummuster grundlegend.

Vor allem die Politik steht in der Verantwortung, zeitnah die notwendigen Rahmenbedingungen zu schaffen. Insbesondere muss klimafreundliches und nachhaltiges Handeln einfach und kostengünstig werden, klimaschädigendes Handeln hingegen unattraktiv und teuer (z. B. durch wirksame CO₂-Preise, Einstellung von Subventionen für klimaschädliche Handlungen und Produkte, Effizienzvorschriften und soziale Innovationen). Eine sozial ausgewogene Verteilung von Kosten und Nutzen des Wandels ist dabei unerlässlich.

Die enorme Mobilisierung der neuen Bewegungen ("Fridays for Future" in Deutschland und Österreich, "Klimastreik" in der Schweiz) zeigt, dass die jungen Menschen die Situation verstanden haben. Ihre Forderung nach schnellem und konsequentem Handeln können wir als

Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler nur nachdrücklich unterstreichen.

Als Menschen, die mit wissenschaftlichem Arbeiten vertraut sind und denen die derzeitigen Entwicklungen große Sorgen bereiten, sehen wir es als unsere gesellschaftliche Verantwortung an, auf die Folgen unzureichenden Handelns hinzuweisen.

Nur wenn wir rasch und konsequent handeln, können wir die Erderwärmung begrenzen, das Massenaussterben von Tier- und Pflanzenarten aufhalten, die natürlichen Lebensgrundlagen bewahren und eine lebenswerte Zukunft für derzeit lebende und kommende Generationen gewinnen. Genau das möchten die jungen Menschen von "Fridays for Future/Klimastreik" erreichen. Ihnen gebührt unsere Achtung und unsere volle Unterstützung.

Quelle: <https://www.scientists4future.org/stellungnahme/>

mehr zum Thema

- ["Fridays for future" Gemeinsam gegen den Klimawandel](#)
- [Die Wachstumslüge](#)